

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 2. Mai 1968

Nummer 17/18

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1968

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung,
Braunschweig-Völkenrode

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in München am 26. April 1968

Die Lage der Weltwirtschaft

Das wirtschaftliche Wachstum hat sich nach der Verlangsamung im vergangenen Jahr nicht nur in den europäischen Ländern, sondern auch in Nordamerika wieder beschleunigt. Zugleich haben sich die Zahlungsbilanzprobleme jedoch erheblich zuspitzt. Der Welthandel nimmt seit Ende vergangenen Jahres wieder etwas stärker zu; auch die Entwicklungsländer konnten ihre Ausfuhr wieder steigern.

Außergewöhnlich kräftiger Expansionsstoß in USA

In den Vereinigten Staaten war die konjunkturelle Entwicklung im bisherigen Verlauf dieses Jahres durch einen in dieser Stärke nicht erwarteten Expansionsstoß gekennzeichnet. Damit ist — nach der lagerzyklisch bedingten Abschwächung und teilweisen Rückläufigkeit im vergangenen Jahr — die Nachfrage- und Produktionsentwicklung von einem Extrem ins andere gefallen. Das nominale Bruttosozialprodukt ohne Lagerinvestitionen (der statistische Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage) nahm allein im ersten Quartal dieses Jahres saisonbereinigt um 25 Mrd. Dollar zu, das sind fast 4 vH vierteljährlich, gegenüber dem ersten Quartal 1967 etwa 7 vH. Einschließlich der um 5 Mrd. Dollar geringeren Lagerinvestitionen erhöhte

sich das Bruttosozialprodukt nominal um 20 Mrd. Dollar (d. s. etwa 2,5 vH im ersten Quartal, 8 vH gegenüber dem ersten Quartal 1967). Nach Ausschaltung des Preisanstiegs ergab sich eine Jahreswachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von nahezu 6 vH.

Die stärksten konjunkturellen Auftriebskräfte entstanden im Bereich der privaten Nachfrage nach Konsumgütern. Diese Expansion wurde begünstigt durch einmalige Erhöhungen der Einkommen infolge Anhebung der gesetzlichen Mindestlöhne und der Sozialleistungen. Dem Anstieg der Transferzahlungen wird später im Jahre 1968 und zu Beginn des Jahres 1969 eine Anhebung der Sozialbeiträge folgen. Außerdem kann der Zuwachs der Käufe von dauerhaften Gütern zum Teil auf das Nachholen bisher aufgeschobener Käufe zurückgeführt werden; er dürfte daher in dieser Höhe ebenfalls nicht von Dauer sein. Die Expansion der Anlageinvestitionen der privaten Wirtschaft erreichte etwa das gleiche Ausmaß wie im zweiten Halbjahr 1967.

Daneben war von erheblicher Bedeutung für die Expansion — wie schon seit zweieinhalb Jahren — der kräftige Anstieg der Ausgaben der öffentlichen

Hand. Diese nahmen im ersten Quartal auf Bundesebene um fast 4 vH, im Bereich der Staaten und Gemeinden um knapp 3 vH zu; gegenüber dem ersten Quartal 1967 erhöhten sich beide um 10 vH. Der Preisauftrieb hat sich seit Mitte vorigen Jahres in allen Bereichen beträchtlich verstärkt; er beläuft sich, je nach Bereich, auf 2 bis 4 vH. Die Stundenlöhne in der Industrie stiegen um 5 bis 6 vH an. Der Passivsaldo der amerikanischen Zahlungsbilanz erhöhte sich im Laufe des vorigen Jahres erheblich; er lag im Gesamtergebnis für 1967 etwa zweieinhalbmal so hoch wie in den beiden Vorjahren.

Die weitere Entwicklung wird — nicht nur im Bereich der Militärausgaben und sonstigen Bundesausgaben — sehr stark vom Verlauf des Vietnam-Konflikts abhängen. Nach den Erfahrungen mit den jüngsten Rassenunruhen und angesichts des zunehmenden öffentlichen Bewußtseins der Dringlichkeit sozialpolitischer Aktivität ist zu hoffen, daß im Fall einer De-Eskalation des Vietnam-Krieges eine schnelle Umlenkung der Nachfrageströme zur Deckung dieses dringenden öffentlichen Bedarfs angestrebt wird und die Drosselung der Militärausgaben nicht zu einem Konjunkturrückschlag führt, wie 1953. Doch würden sich Übergangsschwierigkeiten trotz allem nicht vermeiden lassen.

Auch ohne Berücksichtigung der kaum absehbaren politischen Entwicklung wird sich die derzeitige außerordentlich starke Expansion der privaten Nachfrage nicht fortsetzen; insbesondere die ungewöhnlich starke Ausweitung der privaten Verbrauchsausgaben wird sich nicht wiederholen. Auch der außergewöhnlich kräftige Anstieg der Bundesausgaben soll sich (nach Regierungsvorausschätzungen) wesentlich abschwächen. Außerdem werden — bei gleichbleibender politischer Entwicklung — weitere Konjunkturdämpfungsmaßnahmen als unvermeidlich angesehen, insbesondere wegen des zunehmenden Preisauftriebs und der angespannten Zahlungsbilanzsituation. Mit der jüngsten Diskonterhöhung auf 5 1/2 % wurde der höchste Stand seit 1929 erreicht.

Alle diese Faktoren werden die wirtschaftliche Expansion mit Sicherheit im weiteren Verlauf des Jahres erheblich dämpfen. Trotzdem ist für das ganze Jahr 1968 noch mit einer Zuwachsrate des realen Sozialprodukts von mindestens 4 vH zu rechnen. Die weitere Entwicklung ist schwer abzusehen, nicht nur wegen des Vietnam-Krieges, sondern im Fall einer De-Eskalation auch wegen der kaum abzuschätzenden Geschwindigkeit der Umstellung auf den zivilen Bedarf.

Konjunkturbelebung in Westeuropa

In der westeuropäischen Wirtschaft ist es seit dem vergangenen Herbst zu einer kräftigen konjunkturellen Belebung gekommen. Dazu trug maßgeblich die Erholung in der Bundesrepublik Deutschland bei; aber auch in den anderen Volkswirtschaften haben sich die Auftriebskräfte ver-

stärkt. Zwar war die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts für das gesamte Jahr 1967 (+ 2,5 vH) noch durch die konjunkturelle Abschwächung in der ersten Jahreshälfte bestimmt, doch die Entwicklung der Industrieproduktion und der Einfuhr — aus der übrigen Welt wie im inner-europäischen Austausch — zeugen von einem ausgeprägten Tendenzwandel in der zweiten Jahreshälfte.

Die Belebung wurde allein von der innereuropäischen Nachfrage getragen; die Ausfuhr in die übrige Welt hat sich infolge der rückläufigen Einfuhrentwicklung in den Rohstoffländern konjunkturell nur knapp behauptet. Die Nachfrageexpansion in Westeuropa hing vor allem mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen unterschiedlicher Art zusammen.

Die nicht zuletzt durch die wirtschaftspolitische Aktivität ausgelöste Besserung der Absatz- und Gewinnerwartungen schlug sich zunächst besonders im Lageraufbau nieder, der allgemeine starke Impulse auf die Gesamtnachfrage ausstrahlte. Demgegenüber entwickelten sich die Anlageinvestitionen noch zögernd — abgesehen von der Bundesrepublik Deutschland. Es mehren sich jedoch in einer Reihe von Ländern die Anzeichen für eine Zunahme der Investitionsneigung, obwohl die Unternehmen in der Regel noch über unausgenutzte Kapazitäten verfügen. Offensichtlich steht das Rationalisierungsmotiv gegenwärtig im Vordergrund. Zur Zeit wird die Steigerung der Investitionstätigkeit in vielen Ländern noch maßgeblich von den öffentlichen Investitionen bestimmt; indessen ist die sich anbahnende Verlagerung auf die privaten Anlageinvestitionen unerlässlich für die Sicherung des konjunkturellen Aufschwungs.

Das Wachstum des privaten Verbrauchs blieb überwiegend noch mäßig. Ausnahmen bildeten Italien, die Niederlande und außerdem Großbritannien, wo die Erwartung von abwertungsbedingten Preissteigerungen und von Steuererhöhungen die Käufe stimulierte. Wenn auch in Westeuropa vorerst weder mit einer kräftigen Zunahme der Beschäftigtenzahlen noch mit einer fühlbaren Beschleunigung der tariflichen Lohnerhöhungen zu rechnen ist, so werden die Effektivverdienste und damit die Masseneinkommen künftig etwas schneller steigen, so daß sich auch die Expansion der Verbrauchsausgaben leicht beschleunigen wird. Teilweise dürfte dazu auch eine Rückbildung der Sparneigung beitragen. In Frankreich wurde der private Konsum überdies durch wirtschaftspolitische Maßnahmen angeregt.

Trotz der Produktionsbelebung hat sich die Lage auf den Arbeitsmärkten erst wenig verändert. Die Arbeitslosenzahlen überschritten auf dem saisonalen Höhepunkt in den meisten Ländern noch beträchtlich den vergleichbaren Vorjahrsstand. Ursächlich war hierfür, daß bei zunehmender Kapazitätsausnutzung in der Industrie hohe Produktivitätsfortschritte erzielt werden konnten und Neueinstellungen von Arbeitskräften kaum erforderlich

waren. Die Zahl der Beschäftigten übertraf nur in Italien und Schweden den entsprechenden Vorjahrsstand. Erst in jüngster Zeit deutet die Entwicklung des Stellenangebots auch in anderen Ländern auf eine konjunkturelle Erhöhung der Nachfrage nach Arbeitskräften hin.

Die Entwicklung der Tariflöhne wurde noch nicht nennenswert von der Konjunkturbelebung beeinflusst. Die Lohnsätze in der Industrie waren zuletzt in den meisten Ländern um 4 bis 6 vH höher als vor Jahresfrist. Lediglich in Großbritannien war der Anstieg mit 9 vH beträchtlich höher, worin sich das Auslaufen des früheren Lohnstopps Mitte 1967 und — nach der Abwertung — die Erwartung eines erneuten Lohnstopps niederschlugen. Um so wichtiger ist es jetzt für die Erhaltung der durch die Abwertung verbesserten Konkurrenzposition, den Lohnanstieg zu drosseln.

Die Unterschiede in der Preisentwicklung haben sich in Westeuropa seit dem vergangenen Herbst verringert. Abgesehen von der Bundesrepublik Deutschland hielt sich die Verteuerung der Lebenshaltung zu Beginn des Jahres durchweg zwischen 2 und 4 vH. Teilweise trugen zum Preisanstieg auch die Erhöhung indirekter Steuern und die Währungsabwertungen bei. Überdurchschnittlich waren die Steigerungen weiterhin bei Mieten und Dienstleistungen. Andererseits deutet die ruhige Entwicklung der besonders konjunktur reagiblen Großhandelspreise für Industrieprodukte auf die weiterhin hohe Angebotsflexibilität hin.

Die Voraussetzungen für ein kräftiges Wachstum in Westeuropa ohne nennenswerte Spannungen sind von seiten des Angebots weiterhin gegeben. Auf der Nachfrageseite setzt eine solche Expansion ein anhaltendes Erstarren der privaten Investitionstätigkeit und eine Belebung des privaten Konsums in den kontinentaleuropäischen Staaten voraus. Die erkennbaren Tendenzen deuten auch in diese Richtung, und so kann in Westeuropa für das laufende Jahr insgesamt mit einer Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um rd. 4 vH gerechnet werden, zumal auch Großbritannien bei dieser Entwicklung über die Anregung seiner Exporte spürbare Wachstumsimpulse erhalten dürfte. Allerdings stellen die Erwägungen in den USA, durch außenwirtschaftliche Maßnahmen oder durch weitere binnenwirtschaftliche Restriktionen die Handelsbilanz stärker zu aktivieren, einen nicht zu übersehenden Unsicherheitsfaktor für die westeuropäischen Volkswirtschaften dar. Die wirtschaftspolitischen Instanzen müssen bereit sein, gegebenenfalls durch zusätzliche Anregungen der Inlandsnachfrage einer Verstärkung dämpfender Einflüsse von außen frühzeitig entgegenzutreten.

Beschleunigte Zunahme des Welthandels

Die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums in Westeuropa und Nordamerika spiegelte sich sehr deutlich in der Entwicklung des Welt-

handels wider. Die Welteinfuhr nimmt seit dem Herbst 1967 konjunkturell wieder stärker zu; gleichwohl wurde im zweiten Halbjahr 1967 die Wachstumsrate des ersten Halbjahres nicht erreicht. Im ganzen Jahr erhöhte sich die Welteinfuhr (ohne Ostblockländer) nur um knapp 5 vH nach fast 10 vH im Vorjahr.

Die Nachfragebelebung stützte sich vor allem auf den zunehmenden Einfuhrbedarf der westeuropäischen Industrieländer. Außerdem beschleunigte sich im 2. Halbjahr 1967 das Einfuhrwachstum Nordamerikas. Ähnliches gilt für Japan, dessen Einfuhr außerordentlich stark stieg. Demgegenüber unterschritten die Käufe der Rohstoffländer ihren entsprechenden Vorjahrsstand, wobei der zuvor enttäuschende Verlauf ihrer Exporterlöse die ausschlaggebende Rolle spielte.

Für die regionale Orientierung der Handelsströme war kennzeichnend, daß die Industrieländer ihre Exporte schneller ausweiten konnten als die Entwicklungsländer. Der Handel zwischen den europäischen Industrieländern stieg im zweiten Halbjahr 1967 wieder beschleunigt an. Die Ausfuhr Westeuropas nach Nordamerika gestalteten sich ebenfalls wieder günstiger. Da jedoch gleichzeitig die Exporte der westeuropäischen Industrieländer nach anderen Regionen stark zurückgingen, nahm das Handelsbilanzdefizit Westeuropas erheblich zu. In Nordamerika stand im vierten Quartal 1967 der beschleunigt wachsenden Einfuhr eine weniger stark expandierende Ausfuhr gegenüber. Die entwickelten Agrarländer¹ konnten ihre Exporte wiederum kräftig steigern.

Auch für die Entwicklungsländer ergab sich eine merkliche Zunahme ihrer Exporte. Insgesamt gesehen blieb aber ihre außenwirtschaftliche Lage weiterhin unbefriedigend. Es zeigte sich wieder einmal, daß die einseitige Exportstruktur und die ungenügende Konkurrenzfähigkeit auf einzelnen Märkten einer stärkeren Einschaltung dieser Ländergruppe in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung entgegenstehen. Anders als in vorangegangenen Perioden reagierten die Entwicklungsländer im vergangenen Jahr auf die für sie ungünstige Exportentwicklung relativ schnell mit Einfuhrrestriktionen, so daß sich ihre Handelsbilanz verbesserte. Durch die Verringerung des Realtransfers von den Industrieländern zu den Entwicklungsländern verschlechterten sich erneut ihre Aussichten für ein künftig stärkeres wirtschaftliches Wachstum.

Sehr wahrscheinlich werden die Entwicklungsländer künftig wieder in stärkerem Maße als Nachfrager auf den internationalen Märkten in Erscheinung treten. Einmal dürften ihre Exporterlöse in den nächsten Monaten beschleunigt zunehmen, da mit einem stärkeren Anstieg des Rohstoffverbrauchs und mit expansiven Lagerdispositionen in den Industrieländern gerechnet werden kann. Zum anderen sprechen die gestiegenen Devisenbestände der

¹ Australien, Neuseeland, Südafrikanische Union.

Entwicklungsländer für eine baldige Lockerung der Einfuhrrestriktionen.

Steigende Nachfrage nach Rohstoffen

Die Nachfrage nach Rohstoffen hat sich im Verlauf des seit Herbst 1967 anhaltenden Konjunkturaufschwungs in den Industrieländern der westlichen Welt wieder belebt. Das Angebot aus Produktion und Vorratshaltung war weiterhin reichlich. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Preise für Rohstoffe insgesamt kaum erhöht, wenn man von dem rechnerischen Effekt der Wechselkursänderung bei den in englischen Pfund notierten Waren absieht.

Bei den NE-Metallen — insbesondere bei Kupfer — waren hauptsächlich aufgrund des lang andauernden Streiks in der US-amerikanischen Metallindustrie Preissteigerungen und starke Preisschwankungen zu beobachten. Das Ende des Streiks sowie die Abwendung eines Arbeitskonflikts in Chile haben den erwarteten starken Rückgang der Preise bis etwa auf das Ausgangsniveau gebracht. Die militärischen Auseinandersetzungen im Fernen Osten und die internationale Währungskrise haben die Preisnotierungen für Rohstoffe nur vorübergehend beeinflusst.

Die weitere Entwicklung auf den Märkten für industrielle Rohstoffe wird vom Erfolg der Friedensbemühungen in Vietnam, der Lagerbewegung und der staatlichen Vorratspolitik sowie von dem wirtschaftlichen Wachstum in den Importländern abhängen. Da einige dieser Faktoren nur schwer voraussehbar sind und sich in ihren Wirkungen teilweise kompensieren, sind Aussagen über die Preisentwicklung problematisch. Ein besonderer Unsicherheitsfaktor ist der Vietnam-Krieg. Sollte eine De-Eskalation zur Verminderung der Rohstoffkäufe der USA führen, dann werden Preissenkungen nicht ausbleiben.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genussmittel war der dominierende Faktor weiterhin das große Angebot bei fast allen Produkten. Bei Getreide kann nach den bisher vorliegenden Informationen auch nach der neuen Ernte mit einem hohen Angebot gerechnet werden. Infolge der steigenden Importnachfrage und der vorgesehenen Nahrungsmittelhilfe wird sich die Ansammlung umfangreicher Überschüsse in Zukunft aber vermeiden lassen. Auf dem Zuckermarkt bestehen noch beträchtliche Überhänge, die auch im neuen Zuckerwirtschaftsjahr einen Preisdruck ausüben werden. Aufgrund steigenden Fleischkonsums und nur langsam wachsender Rinderbestände werden die Rindfleischpreise auf dem Weltmarkt in den nächsten Monaten etwas anziehen. Bei Schweinefleisch ist ab Sommer 1968 mit einer leichten Erhöhung der Preise zu rechnen.

Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen Industrieländern dürfte im Verlauf des Jahres 1968,

wahrscheinlich auch noch bis weit in das Jahr 1969 hinein, durch ein anhaltendes Wachstum in den europäischen Ländern und eine merkliche Abschwächung des Wachstums der Gesamtnachfrage in den USA gekennzeichnet sein. Dabei kann das Tempo der konjunkturellen Expansion in Europa mit etwa 4 vH real und 7 vH nominal veranschlagt werden. In der realen Entwicklung sind größere Abweichungen von Land zu Land kaum zu erwarten; in Großbritannien dürfte jedoch das Wachstum erheblich niedriger sein. Ferner kann davon ausgegangen werden, daß der Preisanstieg in der Bundesrepublik, zumindest im Jahre 1968, geringer und in Großbritannien, vor allem als Folge der Abwertung und der Erhöhung indirekter Steuern, sehr viel ausgeprägter sein wird als im europäischen Durchschnitt.

Seitdem die Abwertung des Pfund Sterling im November 1967 konkrete Aussichten auf eine Lösung des britischen Zahlungsbilanzproblems eröffnet hat, ist das Zahlungsbilanzdefizit der USA in den Mittelpunkt der währungspolitischen Erörterungen gerückt. Mit der Einstellung der Goldabgaben aus Beständen der Notenbanken an Private seit März dieses Jahres ist zwar der privaten Spekulation gegen den Dollar vorläufig der Boden entzogen worden; das währungspolitische Grundproblem aber ist damit nicht gelöst. Es ergibt sich aus der abnehmenden Neigung in der übrigen Welt — und das gilt offenkundig in wachsendem Maße auch für Notenbanken —, weitere Dollarforderungen zu erwerben, also weiterhin Zahlungsbilanzdefizite der USA zu finanzieren. Dieser Tatbestand zwingt einmal zum Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz und zum anderen zur Schaffung eines neuen Mediums internationaler Liquidität, das die bisherigen Medien ergänzt.

Unter der Annahme einer stetigen Expansion in Europa und einer stark gedämpften Wirtschaftsentwicklung in den Vereinigten Staaten könnte — bei Aufrechterhaltung der bisherigen Beschränkungen des Kapitalverkehrs — eine erhebliche Verringerung des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits im Jahre 1969 möglich sein. An diesem Zusammenhang wird die weltwirtschaftliche Verantwortung deutlich, die die westeuropäischen Industrieländer mit ihrer Konjunkturpolitik tragen. Je besser sie jetzt das Postulat eines angemessenen Wirtschaftswachstums erfüllen, desto leichter wird es den Vereinigten Staaten fallen, ihr Zahlungsbilanzdefizit abzubauen.

Eine um den Preis von Wachstumsverlusten erkaufte Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanzsituation könnte kaum als befriedigend angesehen werden, und zwar nicht nur unter amerikanischen gesellschaftspolitischen, sondern auch unter weltwirtschaftlichen Erwägungen. Von einer Lösung des amerikanischen Zahlungsbilanzproblems könnte erst dann gesprochen werden, wenn der Zahlungsbilanzausgleich auch bei einem wirtschaftlichen Wachstum erreicht würde, das in Anbetracht

der hohen Zugänge an Arbeitskräften sowie des Zwanges, auch die weniger qualifizierten Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß einzugliedern, in den nächsten Jahren auf 4,5 bis 5 vH real zu veranschlagen ist.

Bestätigt sich die Befürchtung, daß ein Zahlungsbilanzgleichgewicht für die USA auch nach Fortfall der Belastungen aus dem Vietnam-Krieg nur bei weitgehendem Verzicht auf Wachstum möglich ist, sind neue Überlegungen erforderlich. Sie müßten neben der Verteilung der „politischen Lasten“ auch eine Revision der Dollarparität einschließen, da eine zunehmende Entliberalisierung und eine Einschränkung der Konvertibilität dem ökonomischen Fortschritt entgegenwirken würden. Vor allem würden sie die Gefahr einer Eskalation wechselseitiger Handelshemmnisse heraufbeschwören.

Ein Kurieren an Symptomen wie bislang dürfte immer weniger sinnvoll sein. Hand in Hand mit den

Bestrebungen zum Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz müssen daher die Bemühungen um die Umgestaltung des internationalen Währungssystems fortgesetzt werden. Zu diesem Zweck könnte ein Teil der schwebenden Verbindlichkeiten der USA (Dollarforderungen der übrigen Welt) auf den Weltwährungsfonds übertragen und gegen liquide Forderungen an den Fonds ausgetauscht werden. Dadurch würde die Gefahr von Funktionsstörungen des internationalen Währungssystems vermindert. Ferner ist die baldige Einführung der Sonderziehungsrechte erforderlich, um das System unabhängiger von Zufallseinflüssen zu machen. Möglicherweise wird am Ende eines solchen Entwicklungsprozesses die Demonetisierung des Goldes stehen. Je größer die Bedeutung der rational geschaffenen Medien internationaler Liquidität wird, desto mehr wird indessen das Goldproblem an Gewicht verlieren.

Die Lage in der Bundesrepublik²

Die Wirtschaft der Bundesrepublik steht zum Frühjahrsbeginn 1968 im Zeichen eines intensiven konjunkturellen Aufschwungs; er ist bis jetzt allein auf die Verstärkung der Investitionsneigung zurückzuführen. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird im wesentlichen von starken Produktivitätsfortschritten getragen. Sie sind die Folge nicht nur verbesserter Kapazitätsauslastungen, sondern auch rationellerer Nutzung der Arbeitskräfte. Der Rückgang der Beschäftigung ist im Herbst vorigen Jahres zum Stillstand gekommen; seit März hat er einer nur leichten Belebung Platz gemacht. Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs hat sich die Einfuhr kräftig belebt.

Das reale Bruttosozialprodukt hat im zweiten Halbjahr 1967 seinen Vorjahrsstand wieder übertroffen, nach den amtlichen Angaben um 1,3 vH. Sieht man von gewissen, durch Sonderfaktoren bedingten Überhöhungen³ am Jahresende ab, so ergibt sich saisonbereinigt vom dritten zum vierten Quartal 1967 eine Zunahme um schätzungsweise 3,5 vH. Vom vierten Quartal 1967 zum ersten Quartal 1968 dürfte sich der Anstieg auf rd. 2 vH verringert haben.

Im Investitionsbereich haben Nachfrage und Umsätze im Endquartal des vergangenen Jahres infolge des Ablaufens der Fristen für die Sonderabschreibungen und der bevorstehenden Ablösung der alten Umsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer unerwartet kräftig zugenommen. Der Einfluß dieser Faktoren kann nur grob geschätzt werden; dies insbesondere deshalb, weil die Einführung der Mehrwertsteuer die Kontinuität relevanter statistischer Reihen unterbrochen hat. Die Diagnose der Wirtschaftslage wird außerdem dadurch erschwert, daß der statistische Informationsfluß gegenwärtig gestört ist. Als Reaktion auf die Übersteigerungen zum Jahresende sind die Auftragseingänge, mehr

noch die Umsätze der Investitionsgüterindustrie in den ersten Monaten dieses Jahres zurückgefallen. Dabei haben die Auftragsbestände verstärkt zugenommen. Die Produktion hat ihren Aufwärtstrend beibehalten. Sie diente zum Teil der Wiederauffüllung der zuvor verringerten Bestände, insbesondere an Halbwaren.

Die industrielle Produktion von Verbrauchsgütern ist seit Jahresbeginn weit stärker gestiegen als der Endabsatz. In diesen Gütern sind — sei es in der Industrie, sei es im Handel — also beträchtliche Lagerinvestitionen vorgenommen worden.

Der rasche konjunkturelle Anstieg der Bauinvestitionen, der im vierten Quartal vorlag, hat sich zu Beginn dieses Jahres — vermutlich vorübergehend — erheblich verlangsamt. In den vom Konjunkturprogramm durch Darlehensgewährung und Zinsverbilligung angeregten Baubereichen, insbesondere im Wohnungsbau, kann mit einem anhaltenden Wachstum der Bauleistungen gerechnet werden. Im gewerblichen Bereich sind Anzeichen für eine weitere konjunkturelle Zunahme der Bau-tätigkeit erkennbar. Die Projekte des zweiten Konjunkturprogramms der Bundesregierung sichern für die nächste Zeit das inzwischen erreichte hohe Niveau der öffentlichen Bauinvestitionen.

Von der Außenwirtschaft gingen in der jüngsten Vergangenheit keine zusätzlichen expansiven Einflüsse aus. Die Ausfuhr von Waren und Diensten nimmt zwar fast unvermindert weiter zu; das Wachstum der Einfuhr verstärkte sich. Dabei geht der Außenbeitrag konjunkturell zurück. Soweit sich der Anstieg der Importe auf Rohstoffe und Halbfabrikate erstreckte, die für die Steigerung

² Die in diesem Bericht enthaltenen Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West).

³ Sie wurden für diese Schätzung mit insgesamt 1,5 Mrd. DM zu Preisen von 1954 veranschlagt.

der inländischen Produktion benötigt werden, wirkte sich die Schrumpfung des Außenbeitrags nicht nachteilig für den Wachstums- und Einkommensprozeß der Bundesrepublik aus.

Schwache Beschäftigungsbelegung, mäßige Anhebung der Tariflöhne und -gehälter sowie verstärkte Abgaben zur Sozialversicherung prägen die Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zu Beginn des Jahres 1968. Der private Verbrauch expandiert daher nach wie vor wenig.

Durch den Übergang zur Mehrwertsteuer haben sich die Preise für die Güter des privaten Verbrauchs wenig verändert, die der Dienstleistungen sind dagegen erheblich gestiegen. Der Anteil der Ausgaben für Dienstleistungen am privaten Verbrauch hat sich dabei stärker als dem Trend entsprechend erhöht. Das Preisniveau der Güter ist seitdem wieder stabil; das Preisniveau der Dienstleistungen erhöhte sich wie vor der Jahreswende.

Da die Produktivität im zweiten Halbjahr 1967 wesentlich stärker als die Lohn- und Gehaltssätze gestiegen ist, sanken die Lohnkosten je Produktionseinheit beträchtlich. Bei konjunkturell ungefähr stabilem gesamtwirtschaftlichen Preisniveau, nicht ins Gewicht fallendem Auftrieb der anderen Kostenkomponenten und deutlich expandierenden Umsätzen verbesserte sich die Ertragslage der Unternehmen erheblich. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für eine Investitionsneigung erfüllt, die für ein Anhalten des konjunkturellen Aufschwungs erforderlich ist.

Erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften

Auf dem Arbeitsmarkt kam die Erholung trotz des kräftigen Auftriebs in der Gesamtwirtschaft bislang nur zögernd voran. Der konjunkturelle Rückgang des Arbeitsvolumens (Zahl der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden) vom Herbst 1966 bis Herbst 1967 hat sich zwar seitdem nicht mehr fortgesetzt. Ein konjunktureller Anstieg dürfte jedoch erst zum Frühjahrsbeginn 1968 eingetreten sein. Diese Entwicklung des Arbeitsvolumens war entscheidend von der Zahl der Beschäftigten bestimmt; die effektive Arbeitszeit ist ungefähr konstant geblieben.

Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Monaten leicht zurückgegangen. Die Zahl der Kurzarbeiter war selbst in den Wintermonaten verschwindend gering. Die Entwicklung der offenen Stellen läßt darauf schließen, daß für die kommenden Monate mit einem merklichen Abbau der konjunkturellen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Die Zahl der offenen Stellen nahm in den letzten Monaten konjunkturell nennenswert zu. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte hat sich von Januar bis März dieses Jahres konjunkturell nicht mehr verringert.

Geringe Expansion des privaten Verbrauchs

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die im Laufe des Jahres 1967 zurückgegangen war, ist seit Früh-

jahrsbeginn wieder gestiegen. Da die Sozialversicherungsabzüge erhöht und die Sozialversicherungspflicht auf alle Angestellten ausgedehnt wurde, wächst das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im Verhältnis zum Bruttoeinkommen im laufenden Jahr langsamer als im Vorjahr. Die Einkommensübertragungen nahmen, wie weiter unten dargelegt, in diesem Jahr weniger stark zu als im Vorjahr. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte erhöhten sich konjunkturell im Endquartal des vergangenen Jahres.

Entsprechend der Entwicklung des verfügbaren Einkommens ist der private Verbrauch seit dem Herbst konjunkturell wieder leicht gestiegen.

Auf den meisten Konsumgüter- und Nahrungsmittelmärkten war die Preistendenz in den ersten Monaten von 1968 wieder stabil oder leicht abwärts gerichtet. Dieser Trend dürfte in den nächsten Monaten — von Saisonbewegungen abgesehen — anhalten. Der aus der Reihe fallende Preisanstieg für die Lebenshaltung im Januar war — neben der fortdauernden, zum Jahresbeginn aber meist besonders ausgeprägten Verteuerung der Mieten — hauptsächlich dem Einfluß der Umstellung des Umsatzsteuersystems auf die Dienstleistungspreise zuzuschreiben.

Kräftig wachsende Investitionsneigung

Rascher als vor Jahresfrist erwartet, hat sich die Investitionstätigkeit der westdeutschen Wirtschaft von ihrem Rückschlag erholt. Hierzu haben die beiden Konjunkturprogramme wesentlich beigetragen; außerdem verstärkte sich zunehmend die Bereitschaft der Investoren, gegen Ende der dafür gesetzten Frist (31. Oktober 1967) abschreibungsbegünstigte Investitionsgüter zu bestellen. Von September auf Oktober ergab sich so ein saisonbereinigter Anstieg der Inlandsbestellungen bei der Investitionsgüterindustrie um 17 vH. In den beiden nachfolgenden Monaten schwächte sich die Nachfrage nur wenig ab, da der bevorstehende Übergang von der Brutto- zur Nettoumsatzsteuer bzw. zur Investitionssteuer neue Nachfrageimpulse auslöste. Zahlreiche Auftraggeber befürchteten Preissteigerungen und waren unsicher hinsichtlich der abrechnungstechnischen Konsequenzen der Umstellung auf die Mehrwertsteuer. Sie drängten deshalb auf die Erfüllung der Aufträge noch vor dem Jahreswechsel; dies führte zu einem sprunghaften Anstieg der Inlandsumsätze. Die Lieferungen ermöglichten die Reduzierung der Fertigwarenlager in der Investitionsgüterindustrie. Außerdem wurde die Fertigstellung angefangener Arbeiten forciert. Die umfangreichen Inlandslieferungen wurden im letzten Jahresviertel 1967 von einer kräftigen Steigerung der Investitionsgüterimporte begleitet. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen so vom dritten zum vierten Quartal saisonbereinigt um etwa ein Fünftel zu.

Nach dieser von Sondereinflüssen geprägten Phase hielten sich die Unternehmer vorübergehend bei der

Erteilung von Aufträgen zurück: Saisonbereinigt verringerte sich der Auftragseingang von Dezember auf Januar um ein Zehntel; im Februar zeigte sich wieder eine kräftige Erholung, die nach dem Ifo-Konjunkturtest auch im März anhielt.

Noch ausgeprägter als beim Auftragseingang war der Rückgang bei den Inlandumsätzen der Investitionsgüterindustrie: Hier betrug er saisonbereinigt ein Drittel. Auch die Umsätze stiegen im Februar erheblich an, und zwar gegenüber Januar um 9 vH; der Anstieg setzte sich im März fort.

Bauinvestitionen hinken nach

In der Bauwirtschaft nahm der Auftragseingang erst nach der Mitte des vergangenen Jahres zu, also später als in der Investitionsgüterindustrie. Im vierten Vierteljahr hat sich der Anstieg beschleunigt; ausschlaggebend waren die Aufträge für staats-eigene Investitionen aus dem zweiten Investitions-haushalt. Zusätzliche Nachfrage nach Tiefbauten resultierte daneben aus dem den Gemeinden zugeleiteten Mehraufkommen aus der Erhöhung der Mineralölsteuer. Mit der Verstärkung der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern belebte sich auch die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten; auch hier wirkten die Sonderabschreibungen nachfragesteigernd.

Da die Aufträge aus dem zweiten Konjunkturprogramm für öffentliche Bauten bis Jahresende vergeben wurden, fallen hierfür nur noch Aufträge aus den Kernhaushalten an. Im Wohnungsbau dagegen sind von den öffentlichen Zinszuschüssen und Darlehen Impulse erst nach der Jahreswende auf die Nachfrage ausgegangen. Im Wirtschaftsbau dürfte es — ähnlich wie bei den Ausrüstungsinvestitionen — wegen der Sonderabschreibungen zu einem Vorziehen der Auftragsvergabe und danach zu einem — ebenfalls nur vorübergehenden — Rückgang der Nachfrage gekommen sein.

Die Produktion des Bauhauptgewerbes folgte bis zum Jahresende zügig der rasch steigenden Nachfrage. Im ersten Vierteljahr 1968 hat sich das Wachstum abgeschwächt. Für die Leistungen des Ausbaugewerbes stehen als Indikator nur die Umsätze zur Verfügung. Diese haben sich im vierten Vierteljahr wegen des Übergangs zur Mehrwertsteuer wie die der Investitionsgüterindustrie sprunghaft erhöht und dürften im ersten Vierteljahr 1968 entsprechend zurückgefallen sein.

Die Preise für Bauleistungen sind im zweiten Halbjahr 1967 noch zurückgegangen; mehrwertsteuerbedingt sind sie dann generell gestiegen.

Sinkender Leistungbilanzüberschuß

Eine nahezu stetige Zunahme der Warenausfuhr und ein sich beschleunigender Anstieg der Wareneinfuhr kennzeichnen die Außenhandels-situation der Bundesrepublik seit Mitte vergangenen Jahres. Der Exportüberschuß geht konjunkturell zurück; seit der Jahreswende bleibt er leicht unter dem sehr hohen Vorjahrsstand.

Entscheidend für die Verminderung des Überschusses war der Wiederanstieg der Wareneinfuhr. Insbesondere die Bezüge von Rohstoffen und Halbwaren wuchsen sehr rasch. Hierin spiegelt sich das Bestreben der Wirtschaft, die während der Rezession reduzierten Vorräte wieder aufzufüllen. Auch die Importe von industriellen Fertigwaren haben im Zusammenhang mit der verstärkten Investitionsneigung kräftig zugenommen. Vor der Jahreswende wurde die Einfuhr auch dadurch angeregt, daß die Importeure nach der Einführung der Mehrwertsteuer eine Verteuerung erwarteten. Die reichliche Inlandserzeugung von Ernährungsgütern ließ die entsprechenden Bezüge aus dem Ausland weiterhin stagnieren.

Die Einfuhrpreise⁴ sind in den ersten Monaten dieses Jahres gesunken, nachdem sie vorher — wenn auch nur wenig — gestiegen waren. Dies gilt insbesondere für Fertigwaren. Es ist anzunehmen, daß ausländische Anbieter ihre Preise reduzierten, um den Verlust von Wettbewerbsvorteilen durch den Übergang zur Mehrwertsteuer auszugleichen.

Die Ausfuhr hat konjunkturell nahezu unverändert zugenommen. Auffallend war der rapide Anstieg der Exporte nach den angelsächsischen Ländern. Anlaß hierzu gaben Vorratskäufe im Zusammenhang mit befürchteten Import- bzw. Verbrauchsrestriktionen, für die USA darüber hinaus auch die verstärkte wirtschaftliche Aktivität und die Auffüllung der Lagerbestände. Am Wachstum der deutschen Exporte haben fast alle Industriezweige partizipiert, besonders stark der Maschinenbau und in jüngster Zeit auch der Kraftfahrzeugbau, dessen Exporte in die USA ungewöhnlich rasch expandierten.

Nach der Jahreswende hat die westdeutsche Industrie die Ausfuhrpreise verstärkt gesenkt, obwohl der Übergang zur Mehrwertsteuer die Kosten der deutschen Exportproduktion geringfügig erhöhte. In der Preissenkung dürfte sich die Verschärfung des Wettbewerbs auf den Weltmärkten spiegeln, zu der insbesondere die Pfundabwertung beitrug.

Im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland war der Ausgabenüberschuß erstmals seit dem zweiten Halbjahr 1965 wieder größer als in der entsprechenden Vorjahrszeit: Während der Anstieg der Ausgaben unvermindert anhielt, schwächte sich die Zunahme der Einnahmen beträchtlich ab. Besonders bedeutsam war, daß die Einnahmen aus Leistungen an ausländische Truppen — im Gegensatz zum ersten Halbjahr 1967 — kaum noch zunahmen.

Verkleinertes Finanzierungsdefizit des Staates

Der konjunkturelle Auftrieb der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres kann nur zum Teil der wirtschaftspolitischen Aktivität des Staates⁵ zugeschrie-

⁴ Durchschnittswerte, ohne Umsatzsteuer.

⁵ Gebietskörperschaften, Lastenausgleichsfonds, Sozialversicherung.

ben werden. Wichtige Aktionsparameter des Staates wirkten eher in entgegengesetzter Richtung.

Der Staatsverbrauch ging im zweiten Halbjahr saisonbereinigt gegenüber dem vorangegangenen Halbjahr zurück, wenn auch nur geringfügig. Die Abschwächung war dabei im zivilen Bereich größer als im militärischen. Die Entwicklung im zivilen Sektor war dadurch gekennzeichnet, daß die tariflichen Lohn- und Gehaltssätze, die zuletzt am 1. Oktober 1966 angehoben worden waren, gleichblieben und die Veränderungen des Stellenkegels nur noch zu einer geringen Erhöhung der Durchschnittseinkommen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten führten. Im neuen Jahr nahm der Staatsverbrauch wieder zu, da am 1. Januar Lohn- und Gehaltserhöhungen wirksam wurden.

Die öffentlichen Bruttoinvestitionen wiesen zwar im zweiten Halbjahr 1967 — ebenso wie im ersten Halbjahr — einen Rückgang auf. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte ergab sich jedoch ein kräftiger konjunktureller Anstieg wegen der im Rahmen des zweiten Konjunktur- und Strukturprogramms der Bundesregierung durchgeführten Eigeninvestitionen des Staates. Dieses Programm hat einschließlich der durch Darlehen und Zinsverbilligungen aktivierten Mittel einen Umfang von etwa 9 Mrd. DM. Davon waren bis Ende 1967 Aufträge in Höhe von 4 Mrd. DM, bis Mitte April 1968 Aufträge von insgesamt 8 Mrd. DM vergeben.

Bei den staatlichen Transferzahlungen an die privaten Haushalte ergab sich im zweiten Halbjahr 1967 ein beschleunigter Anstieg. Hier wirkten sich nicht nur die weiter steigende Zahl von Rentenbeziehern aus, sondern auch die hohen Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung. Seit Beginn dieses Jahres nehmen die übertragenen Einkommen verlangsamt zu, da die — übliche — Rentenaufbesserung durch die neue Belastung der Rentner mit Krankenversicherungsbeiträgen vermindert wurde. Insgesamt dürfte durch die Beschlüsse im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes die Steigerungsrate der Einkommensübertragungen in diesem Jahr mit reichlich 5 vH etwa um zwei Punkte kleiner sein, als sie es sonst gewesen wäre.

Die raschere, wenngleich immer noch verhältnismäßig schwache Zunahme der Staatseinnahmen im zweiten Halbjahr 1967 war nur zum Teil eine Folge der konjunkturellen Erholung. Größeres Gewicht hatten zahlungstechnische Ursachen. So erbrachte die Vorverlegung der Zahlungstermine bei einigen Verbrauchsteuern zusätzliche Einnahmen. Das Wachstum der Sozialversicherungsbeiträge war weiter rückläufig.

Im ersten Quartal 1968 sind die Staatseinnahmen vor allem wegen der Anhebung der Beiträge zur Rentenversicherung beschleunigt gestiegen.

Das Finanzierungsdefizit des Staates ist saisonbereinigt im zweiten Halbjahr 1967 gesunken. Dies läßt jedoch nicht ohne weiteres den Einfluß des

Staates auf die Konjunktorentwicklung erkennen, wenn, wie gegenwärtig im Rahmen des zweiten Konjunktur- und Strukturprogramms der Bundesregierung, in großem Umfang Aufträge vergeben werden, die erst nach einiger Zeit zu Zahlungen führen.

Stabiler Kapitalzins

Die Wertpapierverkäufe der Sozialversicherung und die kräftige Zinssteigerung in den angelsächsischen Ländern führten im Laufe des zweiten Halbjahres 1967 zu einem neuen, wenn auch nur leichten Zinsanstieg am westdeutschen Kapitalmarkt. Angesichts dieser Tendenzen intensivierte die Notenbank und Regierung ihre Bemühungen um eine Stabilisierung des Zinsniveaus. Die Bundesbank erweiterte ihre Offenmarktpolitik auf öffentliche Anleihen und nahm in erheblichem Umfang Material aus dem Markt. Um weitere Wertpapierabgaben der Sozialversicherung zu vermeiden, erklärten sich Bund und Zentralbank bereit, einen Teil des Defizits der Sozialversicherung durch Geldmarktmittel zu finanzieren. All dies trug entscheidend dazu bei, daß die Anleger ihre Käufe festverzinslicher Wertpapiere verstärkten. Der rasch wachsende Bedarf von Wirtschaft und öffentlichen Stellen an langfristigen Mitteln ließ sich so bis zuletzt zu fast unveränderten Bedingungen decken. Die Stabilisierung des deutschen Kapitalzinsniveaus führte bei dem unveränderten Zinsanstieg auf den ausländischen Märkten zu einer Erhöhung des langfristigen deutschen Kapitalexports.

Die Bundesbank ist offensichtlich bereit, ihren Kurs fortzusetzen, um den konjunkturellen Aufschwung von der Finanzierungsseite her zu sichern und zur Überwindung der internationalen Währungsprobleme beizutragen. Sie wird die Finanzierung der zu erwartenden öffentlichen Defizite vermutlich so ermöglichen, daß die vom Ausland ausgehenden Zinssteigerungstendenzen weiterhin aufgefangen werden.

Ausblick

Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die wirtschaftlichen Auftriebskräfte nicht ganz so stark sein wie in der Zeit von Mitte 1967 bis zum Frühjahrsbeginn 1968. Das Wachstumstempo des realen Bruttosozialprodukts dürfte sich aber nur wenig abschwächen, so daß auch für das zweite Halbjahr mit einer Wachstumsrate von fast 5 vH gerechnet werden kann.

Die Erwerbstätigenzahl wird von nun an deutlich erkennbar steigen und die Arbeitszeit kaum zurückgehen. Damit trägt auch die Entwicklung des Arbeitsvolumens wieder zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Die Produktivitätsfortschritte werden aber nach wie vor den weitaus überwiegenden Teil des Wachstums erbringen. Sie werden relativ groß bleiben, weil die Unternehmen noch in der Lage sind, die Produktion durch bessere Aus-

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzungen für das Jahr 1968¹⁾

	1964	1965	1966	1967		1968			
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	
1. Entstehung des Sozialprodukts, real									
Wachstumsraten in vH									
Zahl der Erwerbstätigen	0,4	0,7	-0,2	-3,0	-3,1	-2,9	±0,0	-0,5	0,5
Tägliche Arbeitszeit	0,4	-0,8	-0,5	-0,6	-1,2	±0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Arbeitstage, zur Hälfte gerechnet	0,4	0,2	-0,1	-0,2	0,3	-0,7	-0,1	-0,5	0,3
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,2	0,0	-0,8	-3,8	-4,0	-3,6	-0,2	-1,1	0,7
Produktivität ²⁾	5,4	5,6	3,0	3,8	2,5	5,1	5,1	6,4	4,0
Bruttoinlandsprodukt	6,7	5,6	2,2	-0,1	-1,6	1,3	4,9	5,2	4,7
2. Verwendung des Sozialprodukts									
<i>a) in jeweiligen Preisen</i>									
Mrd. DM									
Privater Verbrauch	232,9	255,7	274,9	281,4	134,7	146,7	4,5	3,5	5
Staatsverbrauch	61,7	69,7	75,4	80,3	38,0	42,3	5	4,5	5,5
Anlageinvestitionen	109,2	118,9	121,9	109,9	50,9	59,0	8,5	6	11
Ausrüstungen	51,6	58,2	57,6	52,2	24,3	27,9	9	7,5	10
Bauten	57,6	60,7	64,3	57,7	26,6	31,1	8,5	5	11,5
Bruttosozialprodukt	413,8	452,7	480,7	483,6	229,3	253,8	7	6,5	7,5
Ausfuhr	83,5	91,4	103,0	110,7	54,1	56,6	7	7,5	7
Einfuhr	78,2	92,0	96,5	94,7	45,7	49,0	11	11,5	10
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	492,0	544,7	577,2	578,3	275,5	302,8	7,5	7,5	8
Mrd. DM									
Vorratsveränderung	+4,7	+9,0	+2,0	-4,0	-2,2	-1,8	+6,5	+5,0	+1,5
Außenbeitrag	+5,3	-0,6	+6,5	+16,0	+8,4	+7,6	+13,7	+7,0	+6,7
<i>b) in Preisen von 1954</i>									
Mrd. DM									
Privater Verbrauch	187,5	199,5	206,5	207,7	100,3	107,4	2	1,5	2,5
Staatsverbrauch	42,6	45,6	46,0	47,5	22,6	24,9	2	2	2
Anlageinvestitionen	80,0	85,2	85,4	78,8	36,3	42,5	6,5	5	7,5
Ausrüstungen	44,5	48,7	47,4	43,5	20,2	23,3	7	6,5	7,5
Bauten	35,5	36,5	38,0	35,4	16,1	19,2	5,5	4	7
Bruttosozialprodukt	308,5	325,7	333,3	333,0	159,3	173,7	5	5	4,5
Ausfuhr	77,3	83,2	92,1	100,6	49,3	51,3	7	7,5	6
Einfuhr	83,3	96,0	98,6	98,2	47,3	50,9	10,5	12,5	9
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	391,8	421,7	431,9	431,2	206,6	224,6	6	7	5,5
Mrd. DM									
Vorratsveränderung	+4,4	+8,2	+1,8	-3,4	-1,9	-1,5	+6,1	+4,7	+1,4
Außenbeitrag	-6,0	-12,8	-6,5	+2,4	+2,0	+0,4	-1,1	-0,3	-0,8
<i>c) Preisniveaus der Verwendungsbereiche (1954 = 100)</i>									
Wachstumsraten in vH									
Privater Verbrauch	2,3	3,2	3,8	1,8	1,9	1,7	2	2	2,5
Staatsverbrauch	5,4	5,6	7,2	3,2	5,1	1,5	3	2,5	3,5
Anlageinvestitionen	2,2	2,2	2,3	-2,3	-0,6	-4,0	2	1	3
Ausrüstungen	0,7	3,0	1,8	-1,2	-0,5	-2,0	1,5	1	2,5
Bauten	3,5	2,5	1,6	-3,5	-2,0	-4,7	2,5	1	4
Ausfuhr	0,9	1,7	1,7	-1,6	-1,4	-1,7	0,5	±0	1
Einfuhr	0,8	2,1	2,1	-1,5	-1,2	-1,8	±0	-1	1
Bruttosozialprodukt	2,8	3,7	3,7	0,7	1,5	-0,1	2	1	2,5
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	2,3	2,9	3,4	0,4	1,1	-0,4	1,5	0,5	2
3. Einkommensentstehung und -verteilung									
Mrd. DM									
Volkseinkommen	316,5	345,4	364,5	361,6	169,8	191,8	7,5	7	8
davon:									
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	204,4	225,8	243,0	243,5	117,4	126,1	6	4	7,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	112,1	119,6	121,5	118,2	52,4	65,8	11	14	9
Nettolohn- und -gehaltssumme	151,1	168,2	178,3	177,5	86,9	90,6	4,5	3	6
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen (o. Staat)	78,4	85,0	86,1	83,8	35,2	48,6	15	20	11,5
davon: verteilt (Entnahmen und Vermögenseinkommen)	64,8	71,8	76,6	77,3	33,0	44,3	4,5	3	5,5
Mrd. DM									
unverteilt (nicht entnommene Gewinne)	13,6	13,2	9,5	6,5	2,3	4,2	15,7	8,3	7,4

Fortsetzung der Tabelle von Seite 107

	1964	1965	1966	1967		1968			
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	
4. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
	Mrd. DM						Wachstumsraten in vH		
Nettolohn- und -gehaltssumme	151,1	168,2	178,3	177,5	86,9	90,6	4,5	3	6
Öffentliche Einkommensübertragungen	51,9	58,2	63,8	70,8	34,8	36,0	5	6	4,5
Entnahmen (verteilte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Einkommen aus Vermögen)	64,8	71,8	76,6	77,3	33,0	44,3	4,5	3	5,5
Abzüge: Nicht zurechenbare Steuern u. a. ¹⁾ sowie Nettoübertragungen an die übrige Welt	5,5	6,7	8,3	8,6	4,0	4,7	.	.	.
Verfügbares Einkommen	262,3	291,5	310,5	317,0	150,6	166,3	4,5	3,5	5,5
davon:									
Privater Verbrauch	232,9	255,7	274,9	281,4	134,7	146,7	4,5	3,5	5
Ersparnis	29,4	35,8	35,6	35,6	15,9	19,6	5	3	7
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,2	12,3	11,5	11,2	10,6	11,8	11,3	10,6	12,0
¹⁾ Zahlen bis einschließlich 1967 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und nach eigenen Berechnungen. Angaben für 1968 nach Vorausschätzungen der beteiligten Institute. Die Berechnungen beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Berlin (West). — Die Angaben in Mrd. DM wurden ohne Rücksicht auf die jeweils gebildeten Gesamtsummen gerundet. Für 1968 wurden die Wachstumsraten zum Teil gerundet. — ²⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. — ³⁾ Es handelt sich um Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (Kraftfahrzeugsteuer, Hundesteuer u. a.), ferner um Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und freiwillige Beiträge von Selbständigen und Nicht-Erwerbstätigen zur Sozialversicherung.									

lastung der Kapazitäten zu steigern. Außerdem sind weiterhin beträchtliche Rationalisierungsfortschritte zu erwarten, da sich der Wettbewerb auf den Gütermärkten zunächst kaum abschwächen dürfte.

Am saisonalen Höhepunkt der Beschäftigung dürfte die Arbeitslosenquote 1,2 vH betragen; dabei wird angenommen, daß die Zahl der ausländischen Beschäftigten von März 1968 bis September um rund 100 000 steigt. Diese Arbeitslosenquote entspricht noch nicht ganz dem von uns als angemessen erachteten Beschäftigtenstand. Bei der erwarteten Fortsetzung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums wird dieses Ziel aber bald erreicht sein.

Wie die jüngste Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Inland bei den Investitionsgüterindustrien und die Zunahme der Bestände an Inlandsaufträgen zeigt, hat sich die Investitionsneigung bis zuletzt gefestigt. Hierzu dürfte insbesondere die verbesserte Gewinnbildung beigetragen haben, die sich im Zuge der gestiegenen Kapazitätsauslastung ergab. Am weiteren Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen wird vor allem die Industrie beteiligt sein; aber auch die Energiewirtschaft und die Post werden ihre Investitionstätigkeit vermutlich beträchtlich ausweiten. Die erwarteten Umsatzsteigerungen und der Strukturwandel dürften sich auch auf den Handel und die Dienstleistungsbereiche investitionsanregend auswirken.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden bei dem prognostizierten Wachstum im zweiten Halbjahr 1968 ihrem Realwert nach das hohe Niveau des zweiten Halbjahres 1965 wieder erreichen.

Das Wachstum der Bauinvestitionen wird sich im zweiten Halbjahr wahrscheinlich spürbar abschwächen. Die Verlangsamung kommt allein dadurch zustande, daß sich die Aufträge für öffentliche Bauten aus dem zweiten Investitionshaushalt in der Hauptsache im ersten Halbjahr in Produktion niederschlagen. Die Produktion von Wohnbauten wird im zweiten Halbjahr verstärkt wachsen, da die im Rahmen des zweiten Investitionshaushalts ge-

währten zinsbegünstigten Darlehen zusammen mit den sonstigen Mitteln der Investoren erst nach der Jahreswende zu Aufträgen geführt haben. Dabei wird die Produktion des Ausbaugewerbes stärker steigen als die des Bauhauptgewerbes, da die Althaus-Sanierung insbesondere Leistungen des Ausbaugewerbes verlangt. Außerdem wird die günstige konjunkturelle Entwicklung der Gesamtwirtschaft zu einem weiteren Anstieg des Wirtschaftsbaus führen.

Die Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Ausland und die Konjunkturbelebung in der westlichen Welt lassen für die Ausfuhr einen unverminderten Anstieg erwarten. Die Absatzchancen dürften sich vor allem in den EWG-Partnerländern verbessern; das gegenwärtig kräftige Wachstum der Exporte nach den USA und Großbritannien wird wohl nicht aufrechterhalten werden können.

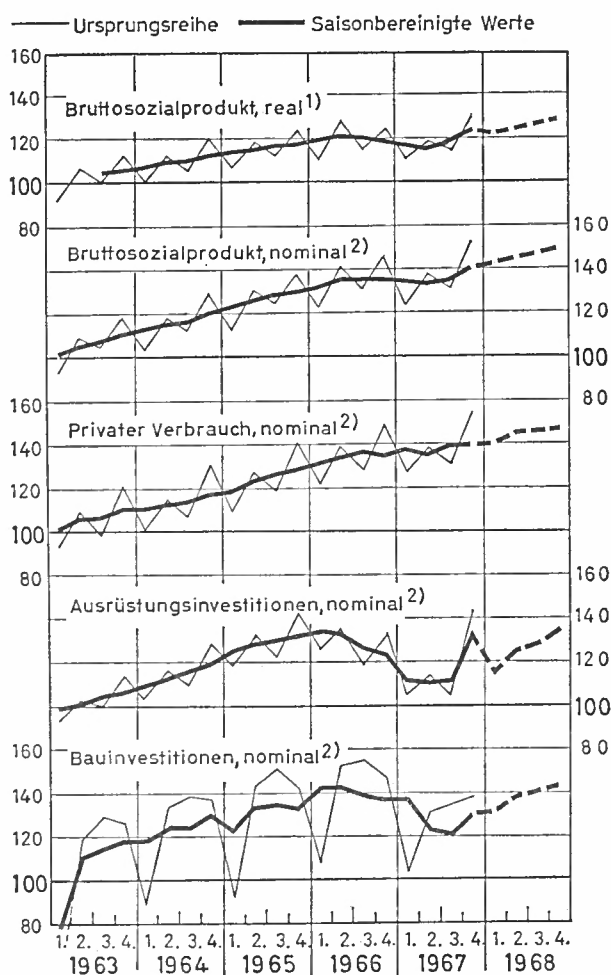
Die Einfuhr wird im Verlauf des Jahres konjunkturell weiter zunehmen. Die starken Impulse, die bisher vom Lageraufbau bei Rohstoffen und Halbwaren ausgegangen sind, werden indes nach und nach fortfallen. Die Einfuhr von Fertigwaren dürfte mit der verstärkten Investitionstätigkeit und der Steigerung der Einkommen beschleunigt steigen. Die Bezüge von Ernährungsgütern werden vermutlich wieder etwas zunehmen, da das Inlandsangebot an tierischen Erzeugnissen im Herbst wahrscheinlich verlangsamt wachsen, das an pflanzlichen Erzeugnissen nach der außergewöhnlich reichlichen Ernte des Vorjahres sogar zurückgehen dürfte.

Unter diesen Annahmen wird die Wareneinfuhr konjunkturell weiter etwas stärker zunehmen als die Ausfuhr. Der Exportüberschuß geht nochmals zurück, wenn auch nur wenig. Im Außenbeitrag wird sich der Rückgang wegen des wachsenden Defizits der Dienstleistungsbilanz deutlicher erkennbar niederschlagen.

Die Gesamteinnahmen des Staates werden beschleunigt steigen. Das Wachstum der Sozialver-

Bruttosozialprodukt und Verwendungsbereiche*)

arbeitstädtliche Berechnung
1962 = 100



*) Vierteljahreswerte bis 1967 nach Halbjahreswerten des Stat. Bundesamtes errechnet, 1968 Schätzungen der Institute. — Sondereinflüsse um die Jahreswende 1967/68 nicht ausgeschaltet.

1) In Preisen von 1954. — 2) In jeweiligen Preisen

sicherungsbeiträge wird größer sein als das der Steuern. Ausschlaggebend hierfür sind die Erhöhungen des Beitragssatzes in der Rentenversicherung und der Fortfall der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung. Das Aufkommen an indirekten Steuern wird sich trotz der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zur Jahresmitte insgesamt kaum stärker erhöhen als im Vorjahr, weil im vergangenen Jahr das Aufkommen durch zahlungstechnische Vorgänge überhöht war und weil die zusätzliche steuerliche Entlastung der Altvorräte das Mehraufkommen schmälert.

Das Wachstum der Gesamtausgaben des Staates wird sich innerhalb des Jahres nur wenig ändern. Im Vorjahresvergleich gesehen werden insbesondere die Investitionsausgaben zunehmen, und zwar als Folge der Verwirklichung des zweiten Konjunkturprogramms. Verlangsamt steigen werden dagegen die laufenden Ausgaben.

Vor allem ist die Zunahme der Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte durch verschiedene Beschlüsse im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung beschnitten worden. Die Beamtengehälter werden zum 1. Juli erhöht werden, vermutlich um 3 bis 4 vH. Die mäßige Steigerung des Staatsverbrauchs wird sich bei stagnierenden Verteidigungsausgaben fortsetzen.

Der Unterschied im Wachstumstempo der Gesamtausgaben und -einnahmen wird sich im Laufe dieses Jahres immer mehr verringern, das Finanzierungsdefizit kaum noch vergrößern. Im ganzen Jahr erhöht es sich aber noch um schätzungsweise 2 Mrd. DM auf annähernd 11 Mrd. DM.

Die Lohn- und Gehaltssätze werden in der zweiten Jahreshälfte beschleunigt steigen, und zwar die Effektivsätze stärker als die Tarifsätze. Bei der erwähnten Entwicklung des Arbeitsvolumens setzt sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung der Lohn- und Gehaltssumme verstärkt fort. Dies gilt mehr für das Brutto- als das Nettoarbeitseinkommen; denn die Belastung des Arbeitseinkommens durch Steuern nimmt nennenswert zu.

Da sich das Wachstumstempo weder bei den Einkommensübertragungen noch bei den entnommenen Gewinnen wesentlich ändern dürfte, kann ein kontinuierliches Wachstum des verfügbaren Einkommens erwartet werden. Da sich die Sparquote leicht erhöhen dürfte, wird der private Verbrauch nicht ganz so rasch expandieren wie das verfügbare Einkommen. Dabei wird der Anteil der Güter am realen privaten Verbrauch zu Lasten der Dienstleistungen wieder zunehmen.

Das Preisniveau des privaten Verbrauchs dürfte aus exogenen und konjunkturellen Ursachen nach der Mitte dieses Jahres verstärkt steigen. Neben dem Einfluß der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli spielt hierfür auch die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise eine Rolle, die aufgrund der zu erwartenden Ernteergebnisse und des langsamer wachsenden Angebots an tierischen Erzeugnissen nicht mehr sinken werden. Für die industriell erzeugten Konsumgüter sind nur geringe Preissteigerungen zu erwarten.

Thesen zur Konjunkturpolitik

Die konjunkturpolitische Therapie der Bundesregierung war erfolgreich. Das von ihr für dieses Jahr gesetzte Wachstumsziel wird nicht unerheblich übertroffen werden.

Besonders schwerwiegende Probleme, die die Rezession aufgeworfen hatte, gehen damit der Lösung entgegen; neuen Maßnahmen anregender Art würde die sachliche Begründung fehlen. Das günstige Konjunkturklima erleichtert der Bundesregierung die begonnene Sanierung regionaler und sektoraler Krisenbereiche.

Das von der Regierung angestrebte Vollbeschäftigungsziel wird im Laufe dieses Jahres nicht erreicht werden. Mit der Anwerbung von Ausländern sollte dennoch nicht gewartet werden, bis die regional sehr unterschiedlich hohe Arbeitslosigkeit auf eine befriedigende Durchschnittsquote gesunken ist. Firmenwünschen nach Neuanwerbungen sollte schon vorher im Interesse eines störungsfreien Übergangs zum Wachstum bei Vollbeschäftigung nachgekommen werden.

Ein außerwirtschaftliches Gleichgewicht im Sinne eines „angemessenen“ Überschusses der Leistungsbilanz wird 1968 nicht erreicht werden. In diesem Jahr zeichnen sich keine anderen Lösungsmöglichkeiten ab als die Konsolidierung der entstehenden Forderungen an die sonstige Welt durch den Export langfristigen Kapitals, der schon seit einiger Zeit durch die Bundesbank gefördert wird.

Der zahlungsbilanzpolitisch gesehen noch immer extrem hohe Leistungsbilanzüberschuß kann ohne eine Veränderung der Währungsparitäten nur unbefriedigend abgebaut werden, wenn das inländische Preisniveau wie in den letzten beiden Jahren weit weniger steigt als im Durchschnitt der Industrieländer. Mit internationaler Veränderung der Währungsparitäten oder Preisanpassung — in jedem Fall ist starkes wirtschaftliches Wachstum in der Bundesrepublik Voraussetzung eines besseren außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Man sollte

nicht versuchen, dieser Konsequenz im kommenden Jahr auszuweichen.

Die Bundesregierung hat für 1969 das Ziel eines verstärkten Wachstums des Bruttosozialprodukts gesetzt. Es wird hier nicht erörtert, inwieweit die von ihr projizierte reale Zuwachsrate von 5,3 vH angesichts des in diesem Jahr das Soll überschreitenden Wachstums herabzusetzen ist.

Für ein Wachstum des Sozialprodukts, das kräftig genug ist, um bei dem vorgesehenen Rückgang des Außenbeitrags um 3,5 Mrd. DM einen hohen Beschäftigungsstand zu sichern, bedarf es eines weit stärkeren Anstiegs der öffentlichen Ausgaben, als für 1969 in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes bisher vorgesehen. Kommt es nicht zu der hierzu nötigen Finanzpolitik, dann ist weder ein befriedigendes gesamtwirtschaftliches Wachstum noch ein anhaltender Trend zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht erreichbar.

Die gegenwärtige Überprüfung der mittelfristigen Finanzplanung gibt Gelegenheit, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen und an der vorgesehenen kräftigen Minderung der Neuverschuldung Korrekturen vorzunehmen. Zur Verwirklichung einer solchen Politik gehört auch die Bereitschaft des Bundes und der Länder, in eine Neuverteilung der Staatseinnahmen zugunsten der Gemeinden einzuwilligen.